

# Der Druck muss raus!

## Wir brauchen dringend eine bundesweite Personalbemessung in Krankenhäusern!

An der Berliner Charité haben sich die Beschäftigten mit einer neuartigen Tarifforderung auf den Weg gemacht, um den Pflegenotstand und die unerträglichen Arbeitsbedingungen im Krankenhaus zu beenden: Sie wollen eine tarifliche Mindestbesetzung für den Pflegedienst durchsetzen, notfalls auch durch Streik. Diese Forderung stellt sich gegen die Krankenhauspolitik der letzten zwei Jahrzehnte, in der die Pflege mehr und mehr auf einen Kostenfaktor reduziert wurde. Die Charité-Auseinandersetzung kann zum Vorbild für viele andere Kliniken werden und den Anstoß für eine breite Tariffbewegung geben. Wir verfolgen und unterstützen diese Tariffbewegung daher mit großem Interesse.

Ein von ver.di durchgeführter Personalcheck im Februar 2013 ergab, dass in deutschen Krankenhäusern 162.000 Stellen fehlen, davon 70.000 Pflegekräfte. Dadurch kommt es häufig zu »gefährlicher Pflege«, Hygienebestimmungen werden unter Zeitdruck nur unzureichend befolgt. Um gute Arbeitsbedingungen, gute Pflege und gute Versorgung im Krankenhaus endlich wieder möglich zu machen, fordern ver.di und die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag bundesweit einheitliche Regelungen und Standards zur Mindestpersonalbemessung in der Krankenhauspflege.

DIE LINKE hat im Januar dieses Jahres den Antrag »Bessere Krankenhauspflege durch Mindestpersonalbemessung« (Bundestags-Drucksache 17/12095) in den Bundestag eingebracht. Dazu fand am 12. Juni eine öffentliche Anhörung des Gesundheitsausschusses statt. Krankenhäuser und Krankenkassen sprachen sich erwartungsgemäß gegen die Personalbemessung aus, Pflegenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eindeutig dafür. Wie schwach die Argumente der Gegner sind, wurde an der Äußerung eines Vertreters der Krankenkassen deutlich: Er hielt es für sinnvoller, zusätzliche Aufzüge in Krankenhäusern einzubauen, anstatt mehr Pflegepersonal einzustell-

len, da die Pflegenden zu viel Arbeitszeit vor den Aufzügen vergeuden würden. Am 27. Juni wurde unser Antrag im Bundestag mit den Stimmen von Union und FDP abgelehnt, SPD und Grüne haben nicht zugestimmt, sondern sich enthalten.

Um eine gesetzliche Mindestpersonalbemessung durchzusetzen, werden wir einen langen Atem und eine andere Bundesregierung benötigen. Letzteres geht deutlich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion hervor, in der es um die Stellensituation in der Krankenhauspflege geht (Bundestags-Drucksache 17/12787). Für Frau Flach (FDP, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium) gibt es »keine belastbaren Erkenntnisse, die auf einen generellen Zusammenhang zwischen einer personellen Unterdeckung und daraus resultierenden Folgen für die Versorgung von Patientinnen und Patienten sowie für die gesundheitliche Situation von Pflegekräften schließen lässt«.

Wichtig ist uns, die Auseinandersetzungen für eine bundesweite Personalbemessung mit den Beschäftigten gemeinsam zu führen. Zur Durchsetzung ist Druck nötig, den Beschäftigte und Gewerkschaften in den Krankenhäusern entfalten müssen, aber auch die Vertretung dieser Interessen im Parlament. Als Linksfraktion verstehen wir uns als Sprachrohr und verlässlicher Bündnispartner. Wir wollen gemeinsam eine breite gesellschaftliche Debatte für eine Mindestpersonalbemessung entwickeln. An den Aktionen und Demonstrationen im Rahmen der Kampagne »Der Druck muss raus« werden wir uns nach Kräften beteiligen und die anstehende Tariffauseinandersetzung an der Berliner Charité aktiv unterstützen. Wir freuen uns auf Gespräche, Diskussionen, Rückfragen und Kooperationen zu diesem wichtigen Thema!

Weitere Informationen zu unseren parlamentarischen Aktivitäten zum Thema finden Sie unter [www.linksfraktion.de/Personalbemessung](http://www.linksfraktion.de/Personalbemessung)



Beschäftigte der Charité, Abgeordnete der Linken und der Parteivorsitzende Bernd Rixinger (rechts) während des Hearings der Linksfraktion »Bessere Krankenhauspflege und gute Arbeitsbedingungen durch Mindestpersonalbemessung« am 26. April 2013 vor dem Deutschen Bundestag.